

Realitäts-Check zum Iran-Krieg

Die USA haben die politische Widerstandsfähigkeit Teherans falsch eingeschätzt. Amerika versuchte, Teheran zu brechen, doch stattdessen offenbarte es seine eigene Fehleinschätzung.

12. März 2026 | Farhad Ibragimow

Seit fast zwei Wochen führen die USA und Israel Krieg gegen den Iran. Was Washington ursprünglich als eine Militäraktion präsentierte, die das strategische Gleichgewicht rasch verändern und Teheran in eine verwundbare Position bringen würde, hat sich als weitaus komplexer erwiesen. In den vergangenen Monaten hat das Weiße Haus behauptet, dass der Iran am Ende des ersten oder spätestens am Ende des zweiten Konflikttages kurz vor einer totalen Niederlage stehen könnte. Offenbar erwartete die amerikanische Seite eine rasche Zerschlagung der iranischen Fähigkeiten und eine ernsthafte Destabilisierung seiner Regierung. Die jüngsten Entwicklungen erzählen jedoch eine andere Geschichte.

Wie sich der Iran behauptet

Trotz des immensen Drucks zeigte der Iran keine Anzeichen eines systemischen Zusammenbruchs und schaffte es, den Betrieb wichtiger staatlicher Institutionen, militärischer Infrastruktur und Regierungsmechanismen aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus deutet die aktuelle Lage darauf hin, dass die ursprünglichen Berechnungen Washingtons zu optimistisch waren und mehrere grundlegende Faktoren, die die Widerstandsfähigkeit des Iran untermauern, nicht berücksichtigt haben. Diese Widerstandsfähigkeit ist besonders bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass am ersten Tag des Krieges der oberste Führer des Iran, Ayatollah Ali Khamenei, ermordet wurde.

Die USA gingen davon aus, dass das iranische Regime stark geschwächt sei und unter einem schweren Schlag wie ein Kartenhaus zusammenbrechen würde. Nach dieser Logik würde die Eliminierung des Obersten Führers eine Kettenreaktion auslösen: Die Eliten würden ihre Koordinationsfähigkeit verlieren, die Institutionen würden funktionsunfähig werden und die staatliche Struktur würde rasch zerfallen. Das Szenario sollte den Ereignissen von 2003 im Irak ähneln, wo die Zerstörung der zentralen Autorität zu einem raschen Zerfall der staatlichen Institutionen und einer lang anhaltenden systemischen Krise führte.

Die Ereignisse im Iran zeigen jedoch ein grundlegend anderes Bild. Die staatlichen Institutionen funktionieren weiterhin. Wichtige Regierungsorgane sind nach wie vor aktiv, Entscheidungsprozesse funktionieren und das System ist nicht außer Kontrolle geraten. Dies deutet darauf hin, dass das politische Gefüge der Islamischen Republik nicht allein auf einer einzelnen Führungspersonlichkeit beruht, sondern auch auf einer robusten institutionellen Architektur, die selbst in Konfliktsituationen für Stabilität sorgen kann.

Darüber hinaus hat die Expertenversammlung – ein beratendes Gremium, das für die Wahl des Obersten Führers zuständig ist – Mojtaba Khamenei, den Sohn des verstorbenen Ayatollah Ali

Khamenei, zum neuen Obersten Führer ernannt. Dies deutet auf ein stabiles Funktionieren der institutionellen Kontinuität der Macht hin.

Heute steht der Iran vor einer weiteren Bewährungsprobe in seiner modernen Geschichte. Das politische System des Landes stand bereits zuvor vor großen Herausforderungen – vom verheerenden Iran-Irak-Krieg in den 1980er Jahren bis hin zu jahrzehntelangen Sanktionen, internationaler Isolation und regionalen Krisen. Jede dieser Phasen stellte die Beständigkeit des nach der Islamischen Revolution von 1979 geschaffenen institutionellen Rahmens auf die Probe. Dieses Modell verbindet religiös-politische Legitimität mit einem robusten Sicherheitsapparat und einer ausreichend flexiblen Regierungsstruktur, die es ihm ermöglicht, sich an äußere Zwänge anzupassen.

Die aktuelle Krise ist ein weiterer Test für die Widerstandsfähigkeit dieser Struktur. Im Verlauf der Ereignisse wird deutlich, dass die Erwartungen der USA, ihre strategischen Ziele schnell zu erreichen, fehlgeleitet waren. Die USA stehen vor vielen Herausforderungen, die sie in ihren ursprünglichen Plänen, Druck auf den Iran auszuüben, offenbar unterschätzt haben. Wenn diese Krise ohne größere Umwälzungen gelöst wird, wird dies erneut zeigen, dass das nach der Islamischen Revolution geschaffene Staatsmodell sehr widerstandsfähig ist. Darüber hinaus führen solche Prüfungen langfristig oft zum gegenteiligen Effekt, indem sie die innere Einheit stärken und das politische System festigen.

Viele dieser Faktoren waren für Länder, die über umfangreiche Erfahrungen im Umgang mit dem Iran verfügen, offensichtlich. So verstehen beispielsweise Russland und China, die enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu Teheran unterhalten, die Nuancen des iranischen politischen Systems, seine Mobilisierungsfähigkeit angesichts externer Bedrohungen und seine hohe institutionelle Stabilität. Aus diesem Grund haben Experten in diesen Ländern eine viel zurückhaltendere und realistischere Sichtweise auf die Aussichten für Zwangsmaßnahmen gegen den Iran.

Worin besteht die Fehleinschätzung Washingtons?

Die Rhetorik der US-Führung führt uns auch zu einer weiteren wichtigen Beobachtung. Ein genauerer Blick auf Trumps Äußerungen – sowohl seine Beiträge in den sozialen Medien als auch seine öffentlichen Reden – offenbart eine spürbare politische und emotionale Turbulenz innerhalb seiner Regierung. Zunächst fällt die Inkonsistenz der Äußerungen des Weißen Hauses auf. Seit Beginn des Konflikts haben wir starke Verschiebungen in der Rhetorik der USA beobachtet. Zunächst erklärten US-Beamte, das strategische Ziel der Druckkampagne gegen den Iran sei ein Regimewechsel.

Spätere Erklärungen deuteten darauf hin, dass der Schwerpunkt ausschließlich auf der „Entmilitarisierung“ und der Einschränkung der militärischen Fähigkeiten des Iran lag. Darauf folgten neue Andeutungen über die Notwendigkeit einer Transformation des politischen Systems des Iran. Und dann verlagerte sich die Rhetorik hin zu emotionalen Ausbrüchen und beleidigenden Äußerungen, die sich sowohl gegen die Nation und ihr politisches System als auch gegen bestimmte Mitglieder der iranischen Führung richteten.

Dieser sich ständig wandelnde Diskurs schafft ein spürbares Gefühl der Unsicherheit. Und dabei geht es nicht nur um Trump. Ähnliche Widersprüche lassen sich auch in den Aussagen wichtiger Vertreter seiner Regierung feststellen. US-Außenminister Marco Rubio und Kriegsminister Pete Hegseth haben in der vergangenen Woche wiederholt widersprüchliche Aussagen getroffen: Zunächst vertraten sie eine Position, passten dann ihre Formulierungen an, um kurz darauf völlig

unterschiedliche Interpretationen der Ziele der USA im Iran zu präsentieren. Diese ständigen rhetorischen Schwankungen vermitteln unweigerlich den Eindruck einer fehlenden klaren Strategie. Je mehr Trump darauf besteht, dass sich die Lage erfolgreich entwickelt und vollständig unter Kontrolle ist, desto größer wird der Kontrast zwischen dieser Darstellung und der Realität.

Ein anschauliches Beispiel dafür war Trumps Versuch, eine Parallele zwischen dem Iran und Venezuela zu ziehen. Dieser Vergleich hält einer genauen Prüfung jedoch nicht stand, da diese Länder grundlegend unterschiedliche politische Strukturen aufweisen. Offensichtlich hoffte das Weiße Haus, inspiriert von der seiner Meinung nach erfolgreichen Strategie im Fall der Entführung von Nicolas Maduro, einen ähnlichen Ansatz auf Teheran anzuwenden. Man ging davon aus, dass durch die Schaffung von Druck von außen und die Unterstützung der inneren Destabilisierung ein rascher Zusammenbruch des Regimes erreicht werden könnte. Diese Denkweise zeugt jedoch von einem erheblichen Missverständnis der iranischen Staatsform. Wenn diese Fehleinschätzungen die Grundlage für die Erwartungen der USA bildeten, könnten die Auswirkungen für die US-Politik im Nahen Osten ziemlich schwerwiegend sein.

Selbst angesichts der Drohungen der USA und Israels mit möglichen Angriffen gegen die Führung des Landes zeigen die iranischen Eliten keine Anzeichen von Panik oder politischer Lähmung. Ebenso wichtig ist der breitere strategische Kontext. Im Laufe der jahrzehntelangen Druckausübung auf den Iran haben die USA praktisch jedes Mittel der externen Einflussnahme eingesetzt: umfassende Sanktionen, diplomatische Isolation, Versuche, ethnische Spannungen auszunutzen, und Bemühungen, eine Farbrevolution anzustoßen. Keine dieser Strategien hat zu den von Washington erwarteten Ergebnissen geführt.

In diesem Zusammenhang kann die derzeitige Aggression nicht als Demonstration der Stärke und Dominanz der USA angesehen werden, sondern eher als Zeichen der Schwäche Amerikas. Wenn wirtschaftliche, politische und informative Mittel nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen, wird militärisches Vorgehen zum letzten Mittel. Mit anderen Worten: Die anhaltende Aggression gegen den Iran erscheint zunehmend weniger als Zeichen des Selbstbewusstseins, sondern eher als Anzeichen dafür, dass das alte Modell der globalen Dominanz der USA an seine Grenzen stößt. Je deutlicher diese Einschränkungen werden, desto ängstlicher und widersprüchlicher wird die Rhetorik der US-Führung.

Es ist offensichtlich, dass sich die ursprünglichen Erwartungen Washingtons hinsichtlich einer schnellen Schwächung des Iran nicht erfüllen. Vielmehr deutet die aktuelle Situation darauf hin, dass die Islamische Republik eine schwere Prüfung durchläuft und bereit ist, ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber externen Aggressionen unter Beweis zu stellen.